

tre for Human Rights and Democracy jüngst von Ausschreitungen aufgebracht Bauern im Verwaltungsterritorium des Bezirks Wenzhou in der Provinz Zhejiang. Im Zuge einer im März dieses Jahres vorgenommenen neuen Grenzziehung zwischen zwei Distrikten des Verwaltungsgebiets wurden zahlreiche Bauern bei der Entschädigung für enteigneten Grund und Boden schlechter gestellt. Der Distrikt, dem die betroffenen Grundstücke neuerdings zugeschlagen wurden, zahlte im Vergleich zu dem Distrikt, dem sie zuvor angehört hatten, nur die knappe Hälfte der flächenbezogenen Entschädigungssumme. Der mit der neuen Grenzziehung einhergehende Wertverlust gab im Juni mehreren hundert Bauern Anlass, das Regierungsgebäude in Wenzhou zu stürmen und eine gerechte Entschädigungspolitik zu verlangen. (SCMP, 17.7.02; Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 12.7.02, nach BBC PF, 15.7.02) -hol-

### 18 Lockerung der Restriktionen volksreligiöser Aktivitäten in Beijing

Die offizielle Chinesische Nachrichtenagentur (*Zhongguo Xinwen She*) hat Mitte Juli davon berichtet, dass der Ständige Ausschuss des Volkskongresses der Stadt Beijing eine Verordnung zu Religionsfragen verabschiedet hat, die erhebliche Lockerungen bisheriger Restriktionen vorsieht.

Danach soll es innerhalb von Tempeln und anderen religiösen Stätten der Gebietskörperschaft Beijing zukünftig erlaubt sein, verschiedene Weissagemethoden, das Werfen von „Glücksstäbchen“, das Lesen aus physiognomischen Merkmalen, Acht-Zeichen-Diagrammen, etc. sowie Exorzismus und andere volksreligiöse Aktivitäten zu praktizieren. Solche Praktiken sind in chinesischen Tempeln faktisch weit verbreitet, galten allerdings bisher als „Aberglauben“ und waren als solche nicht erlaubt. Mehrere Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Beijinger Volkskongresses hatten sich gegen ein offizielles Verbot derartiger, den traditionellen religiösen Lehren entspringender Praktiken ausgesprochen, da sie darin eine Beeinträchtigung „nor-

malen religiöser Aktivitäten“ sahen. Eine Erlaubnis würde keinerlei negativen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben haben.

Explizit erlaubt werden soll ferner der Handel mit religiösen Kunstgegenständen, Devotionalien und anderen Produkten. Laut Bericht der Chinesischen Nachrichtenagentur soll außerdem der Vertrieb von religiösen Zeitschriften und anderen Publikationsmaterialien gestattet werden, und zwar auch außerhalb religiöser Stätten – eine Neuerung, die, sofern sie verwirklicht wird, in starkem Gegensatz zu dem bislang sehr restriktiv gehandhabten Verkauf von religiösem Schriftmaterial stehen würde. Erleichtert werden solle schließlich die Gründung religiöser Einrichtungen und Schulen, die Organisation von religiösen Kursen, Seminaren etc.

Ein Artikel der Hongkonger *South China Morning Post* korrigierte den genannten Artikel dahingehend, dass die endgültige Verabschiedung der betreffenden Verordnung noch ausstehe. Nach Angaben eines Sprechers des Gesetzgebungsausschusses handle es sich bislang nur um einen Vorschlag, der von zuständigen Gesetzgebern des Beijinger Volkskongresses diskutiert worden sei. Widerstand bestehe insbesondere in Fragen des Vertriebs religiöser Publikationen außerhalb von Tempeln und anderen religiösen Stätten.

Trotz dieser Einschränkung bestätigt die Debatte den Trend einer Lockerung formaler Restriktionen des religiösen Alltagslebens der in China offiziell anerkannten fünf Großreligionen, der sich seit dem vergangenen Jahr angedeutet hat (vgl. C.a., 2001/12, Ü 12). Sollte die geplante Liberalisierung volksreligiöser Aktivitäten in der Hauptstadt tatsächlich Fuß greifen, so könnte davon eine Signalwirkung für das ganze Land ausgehen.

Klar von diesem Trend zu unterscheiden ist allerdings der nach wie vor sehr restriktive Umgang mit allen solchen quasi-religiösen Aktivitäten, die im Gefolge des Verbots der Falungong-Bewegung vor drei Jahren als gefährliche „Kulte“ kriminalisiert werden. Laut chinesischer Sprachregelung bewegen sich derartige Aktivitäten außerhalb des Spektrums normaler Religionsausübung und wer-

den folglich von den sich nun abzeichnenden Lockerungen nicht erfasst. (*Zhongguo Xinwen She*, 18.7.02, nach FBIS, 18.7.02; SCMP, 20.7.02; WSJ, 6.2.02; Gespräch mit einem chinesischen KPCh-Vertreter) -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 19 Gesetz zur Verbreitung von Wissenschaft und Technik

Am 29. Juni 2002 hat der Ständige Ausschuss des NVK ein Gesetz zur Verbreitung von Wissenschaft und Technik verabschiedet. Es wurde am 4. Juli 2002 in der *Volkszeitung* veröffentlicht und trat umgehend in Kraft. Bekanntlich hatte Deng Xiaoping der Wissenschaft eine herausragende Bedeutung für seine Modernisierungs- und Reformpolitik beigemessen und Ende der 1980er Jahre Wissenschaft und Technik sogar als die wichtigsten Produktivkräfte bezeichnet. Seitdem bemühen sich Partei und Regierung unablässig, Wissenschaft und Technik zu breiter Anerkennung zu verhelfen und wissenschaftlich-technische Kenntnisse in der Bevölkerung zu verbreiten. Auf dem XIV. Parteitag 1992 wurde die Parole „Wissenschaft und Bildung sollen das Land zur Blüte führen“ zur Strategie erhoben. Um diese Strategie zu verwirklichen, das wissenschaftliche und kulturelle Niveau der Bevölkerung zu heben sowie die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Fortschritt voranzutreiben, wurde das aus 34 Artikeln bestehende Gesetz erlassen. Es regelt, wer für die Aufgabe zuständig ist und wie die Durchführung gewährleistet werden soll.

Zuständig für die Verbreitung von Wissenschaft und Technik sind laut Art. 3 staatliche Organe, das Militär, gesellschaftliche Organisationen, Unternehmen und Betriebe, ländliche Basisorganisationen und andere Organisationen. Die Bürger haben das Recht, an derartigen Aktivitäten teilzunehmen. Die Verbreitung von Wissenschaft und Technik ist eine langfristige Aufgabe des Staates, heißt es in Art. 4. Der Staat unterstützt hierbei insbesondere Minderhei-

ten-, Grenz- und Armutgebiete. Für die Aufgabe sollen vor allem „gesellschaftliche Kräfte“ herangezogen werden, d.h. es wird auf Privatinitiativen gesetzt, die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien arbeiten dürfen. Auch die Zusammenarbeit mit dem Ausland wird befürwortet. Die Organisation der Verbreitungsarbeit liegt bei den Volksregierungen aller Verwaltungsebenen. Diese sind verpflichtet, die Aufgabe der Verbreitung von Wissenschaft und Technik in ihre Pläne für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aufzunehmen. Die Volksregierungen von der Kreisebene an aufwärts müssen ein System zur Koordinierung der Arbeit aufbauen. Die Abteilungen für Wissenschaft und Technik des Staatsrats sind für die staatliche Gesamtplanung, die Leitung und die Kontrolle und Überwachung verantwortlich. Die wichtigste „gesellschaftliche Kraft“ für die Verbreitungsarbeit ist die Gesellschaft für Wissenschaft und Technik (*Kexue jieshu xiehui*).

Ausführlich wird auf die Verantwortung der gesamten Gesellschaft eingegangen. Die Verbreitung von Wissenschaft und Technik, so wird festgestellt, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Jeder Bereich der Gesellschaft soll entsprechende Aktivitäten organisieren und sich an ihnen beteiligen. An erster Stelle werden Schulen und andere Bildungsinstitutionen genannt; sie sollen die Verbreitung von Wissenschaft und Technik zum Hauptinhalt der Qualitätsbildung im Sinne einer umfassenden Bildung machen. Forschungs- und Entwicklungsorgane, Hochschulen sowie natur- und sozialwissenschaftliche Organisationen sind zur Mitwirkung aufgerufen, ferner Presse, Rundfunk und Fernsehen, Kulturvereine usw. Filmproduktion und -vertrieb sollen besonderes Gewicht auf die Verbreitung von Wissenschaft und Technik legen, desgleichen Buchverlage und Buchhandel. Auch die Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Kommunistischer Jugendverband und Frauenverband sollen entsprechende Aktivitäten entfalten.

In den Betrieben soll die Verbreitung von Wissenschaft und Technik mit der Ausbildung in technischen Neuerungen und beruflichen Fähigkeiten verbunden werden. Der Staat

legt besonderen Wert auf die Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse auf dem Lande. Hier sollen die ländlichen Basisorganisationen entsprechend den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen aktiv werden, vor allem die Organisationen zur Verbreitung von Wissenschaft und Technik in den Gemeinden und Kleinstädten sowie die Dorfschulen.

Die kontinuierliche Durchführung der Programme zur Verbreitung von Wissenschaft und Technik soll dadurch gewährleistet werden, dass die Regierungen aller Ebenen in ihren Haushaltsplänen regelmäßig Finanzmittel für diese Aufgabe bereitstellen. Die Provinzregierungen haben dafür Sorge zu tragen, dass entsprechende Institutionen aufgebaut und eingerichtet werden. Die für diese Aufgabe bestimmten Mittel dürfen nicht anderweitig verwendet werden. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Dem Gesetz kommt zugute, dass die chinesische Gesellschaft in hohem Maße durchorganisiert ist. Die gesellschaftliche Infrastruktur, die früher der Verbreitung der Ideologie diente, kann jetzt für die Verbreitung von Wissenschaft und Technik genutzt werden. -st-

## 20 Gesetz über Privatschulen in Vorbereitung

In China gibt es bislang kein Gesetz zu Privatschulen. Dies wird seit langem als Manko empfunden, denn seit Wiederzulassung von Privatschulen nach 1978 haben diese in den 1980er und besonders in den 1990er Jahren einen großen Aufschwung erfahren. Die Statistik für das Jahr 2000 weist landesweit insgesamt gut 60.000 Privatschulen mit über 10 Millionen Schülern und Studenten aus (GMRB, 25.5.02, C 2). Privatschulen gibt es auf allen Schulstufen, vornehmlich jedoch im Nicht-Pflichtschulbereich, d.h. auf Vorschulebene und auf der Sekundarstufe II sowie vor allem im tertiären Bildungsbereich. Während in den achtziger Jahren die Vorbehalte gegen nichtstaatliche Bildungseinrichtungen noch sehr stark waren, erfreuen sie sich in den neunziger Jahren zunehmender Akzeptanz. Das Bildungsgesetz von 1995 bezeichnet Privatschulen als unverzichtbare Ergän-

zung. So können beispielsweise im tertiären Sektor die staatlichen Hochschulen den Bedarf an Studienplätzen nicht decken. Statistiken zufolge können nur 47 Prozent aller Absolventen der Sekundarstufe II eine Hochschule besuchen (XNA, 1.7.02). Um mehr jungen Leuten die Chance zu einem Hochschulstudium zu bieten, ist der Staat sehr an der Gründung nicht-staatlicher Hochschulen interessiert. Bei den Studierenden finden private Hochschulen zunehmend Anklang, nicht zuletzt deshalb, weil sie flexiblere und stärker am Markt orientierte Studiengänge anbieten als die staatlichen Hochschulen. Die Zahl der nicht-staatlichen Hochschulen beläuft sich mittlerweile auf 1.300 mit 1,5 Millionen Studenten, das sind 39 Prozent aller Hochschulstudenten (ebd.).

Trotz der positiven Entwicklung der Privatschulen besteht nach wie vor eine große Rechtsunsicherheit, und es gibt zahllose Probleme, die potenzielle Investoren davon abhält, Schulen zu gründen. Die Rechtsunsicherheit betrifft in erster Linie die Eigentumsrechte, die Rechte der Träger und die Rentabilität. Hinzu kommt, dass der Status der Privatschulen nicht eindeutig geklärt ist und private Träger vielfach benachteiligt werden. Diese Mängel soll nun ein Gesetz beheben. Ein Privatschulengesetz ist seit einigen Jahren im Gespräch. Kürzlich wurde nun der Entwurf eines „Gesetzes zur Förderung von Privatschulen“ (*Minban jiaoyu cujin fa*) dem Ständigen Ausschuss des NVK zur Beratung übergeben. In dem Entwurf werden staatliche und nichtstaatliche Schulen gleichgestellt. Letztere unterscheiden sich von Ersteren nur durch die Geldquellen, die Trägerschaft und die Verwaltung. Der Entwurf billigt den Investoren bzw. den Trägern zu, dass sie eine „vernünftige Rendite“ für ihre Investitionen erhalten. Außerdem klärt es die Eigentumsrechte. Diese sind insofern kompliziert, als Privatschulen selten vollständig von privater Seite finanziert werden, sondern der Staat direkt oder indirekt beteiligt ist; zudem gibt es Spenden und Schenkungen sowie das Vermögen aus dem Schulgeld. (Vgl. dazu GMRB, 25.6.02, C 2)

Wann das Gesetz verabschiedet wird, ist nicht voraussehbar. Umstrittene Entwürfe können manchmal mehrere Beratungsrunden durchlaufen. -st-

## 21 Erfolgreiche Hochschulreform

Kürzlich brachte die *Guangming-Zeitung* ein Interview mit dem stellvertretenden Bildungsminister Zhou Ji, in dem dieser über die Erfolge bei der Hochschulreform berichtete. Der Vizeminister sprach fünf Bereiche an, in denen die Reformen beachtliche Erfolge erzielt haben: 1. die Ausweitung der Hochschulbildung, 2. die Verwaltungsreform, 3. die Qualität der Lehre, 4. die Förderung von Nachwuchsforschern und 5. die Veränderung von Lehre und Forschung aufgrund der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Den Ausführungen des Vizeministers lassen sich folgende Ergebnisse entnehmen:

1. Zwischen 1998, dem Jahr vor Beginn der drastischen Erhöhung der Studentenzahlen, und 2001 hat sich die Zahl der Studenten an den regulären Hochschulen um 89 Prozent auf 12,14 Millionen erhöht. Die Aufnahmequote an den regulären Hochschulen erhöhte sich von 46,1 Prozent 1998 auf 78,8 Prozent 2001. Gleichzeitig nahmen auch die Forschungsstudenten für Magister- und Promotionsstudium sowie die Studierenden an beruflichen Hochschulen und an tertiärer Fort- und Weiterbildung zu. Dieses, so der Vizeminister, sei der größte Zuwachs in der Geschichte der chinesischen Hochschulen.
2. In Bezug auf die Hochschulverwaltung sind zwei Reformen hervorzuheben: zum einen die stärkere Lokalisierung der Hochschulen dadurch, dass entweder die Zentrale und die betr. Provinz für die jeweilige Hochschule zuständig sind oder die Zuständigkeit ganz auf die Provinzen übergegangen ist; zum anderen die Zusammenlegung von Hochschulen zur Erzielung von Synergieeffekten. In Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies, dass von 367 Hochschulen, die der Zentrale unterstanden, jetzt nur noch rund 120 bei der Zentrale verblieben sind und dass aus 597 Hochschulen durch Zusammenlegung 267 Hochschulen entstanden sind.
3. Mit der Ausweitung der Hochschulbildung hat man zugleich auf

die Steigerung der Qualität geachtet. Entsprechend der im Jahre 2001 vom Bildungsministerium erlassenen „Meinungsaussäuerung betreffend die Steigerung der Qualität bei der Arbeit der Stärkung des Grund- und Hauptstudiums an den Hochschulen“ wurden verschiedene Maßnahmen in die Wege geleitet. So wird die Lehre an fast allen der Zentrale unterstellten Hochschulen im Grund- und Hauptstudium von Professoren wahrgenommen, darunter auch Akademiemitglieder und namhafte Professoren. Zudem investieren die Hochschulen mehr in die Lehre. Vielfach wird auch englischsprachiges Lehrmaterial verwendet.

4. In den letzten Jahren haben sich die Hochschulen in verstärktem Maße bemüht, herausragende Fachleute anzuwerben und auszubilden, insbesondere für Grundlagenforschung, wie sie im Rahmen des „Projekts 211“ gefördert wird. Im „Projekt 211“ werden 299 Schwerpunktwissenschaften an 100 Spitzenuniversitäten gefördert.
5. Viele Hochschulen haben sich zu Innovationszentren entwickelt. Durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen haben sich Lehre und Forschung an den Hochschulen stark verändert. Sie sind vielfältiger geworden und orientieren sich stärker am Bedarf der Gesellschaft. Etwa ein Drittel der Hochschulen, die der Zentrale unterstehen, beteiligt sich an Projekten im Rahmen des „Plans 863“ (des staatlichen Plans für Hightech-Forschung). Es gibt bereits 22 staatliche Wissenschaftsparks an Hochschulen, in denen Firmen mit großem wirtschaftlichen Erfolg arbeiten und viele Forschungsergebnisse umgesetzt werden. (Vgl. GMRB, 1.7.02, S.1)

Die beeindruckenden Reformen haben allerdings auch eine Kehrseite. Mit ihnen geht eine immer stärkere Hierarchisierung der Hochschulen einher. Die der Zentrale unterstellten Hochschulen stehen an der Spitze. Sie verfügen über die meisten Mittel und die beste Ausstattung und sind entsprechend auch stark in der Forschung. Dies gilt für die Provinzhochschulen

nicht im gleichen Maße, zumal es zwischen diesen auch sehr große Niveauunterschiede gibt. -st-

## 22 Fortschritte und Probleme in der Berufsbildung

Seit den 1980er Jahren hat die berufliche Bildung in China große Fortschritte gemacht. Traditionell war der Berufsbildungssektor das schwächste Glied im chinesischen Bildungssystem, und dies wirkt sich teilweise bis heute negativ aus. Erst nach Beginn der Reformpolitik hat die Regierung die große Bedeutung eines gut ausgebildeten Arbeitskräftepotenzials für die wirtschaftliche Entwicklung erkannt und sich um einen verstärkten Ausbau der Berufsbildung bemüht. Inzwischen ist der Rahmen für das Berufsbildungssystem errichtet. Berufliche Bildung findet auf drei Ebenen statt, der Primar-, Sekundar- und Hochschulebene. Auf der Primarschule wird sie hauptsächlich auf dem Lande erteilt. Das Gros der beruflichen Bildung wird auf der Sekundarschule erteilt, für qualifiziertere berufliche Bildung sind die Berufshochschulen zuständig. Im Vergleich zu 1980 besuchen heute viermal so viele Schüler eine Berufsmittelschule. Seit Beginn der 1980er Jahre erhielten über 50 Millionen Menschen eine berufliche Ausbildung. Während früher allgemein bildende und berufliche Schulen völlig getrennt waren, sind beide Schultypen heute durchlässiger geworden. Zudem wurden die Ausbildungsgänge angepasst und neu geordnet, insgesamt wurden 470 Fachrichtungen eingerichtet, über die Hälfte davon neu.

Trotz der positiven Entwicklung der beruflichen Bildung gibt es in den letzten Jahren auch große Probleme. Das Hauptproblem ist, dass seit Ende der 1990er Jahre das Ansehen der beruflichen Bildung abgenommen hat und in der Gesellschaft allgemein bildende Schulen wieder mehr gefragt sind. Insbesondere seit sich die Chancen, einen Studienplatz zu erhalten, durch die Ausweitung der Hochschulbildung in den letzten drei Jahren erhöht haben, nimmt die Nachfrage nach beruflicher Bildung stetig ab. So hat sich die Zahl der Berufsschüler auf der Sekundarschulebene von 14,31 Millionen 1998 auf 11,64 Millionen 2001 verrin-

gert. In manchen Gegenden haben die Berufsschulen bereits Schwierigkeiten, Schüler zu rekrutieren. Auf dem Lande und in den Westgebieten, wo die Berufsbildung dringend verstärkt werden müsste, gerät der Aufbau ins Stocken. Die Ausbildung entsprechender Fachkräfte geht dramatisch zurück. So ist die Zahl der Auszubildenden, die in eine Sekundarschule aufgenommen werden, um eine land- oder forstwirtschaftliche Berufsausbildung zu erhalten, von 149.000 im Jahre 1996 auf 52.000 im Jahre 2001 gesunken. In anderen Berufssparten wurde die Ausbildung teilweise eingestellt oder stark eingeschränkt. Die Zahl der beruflichen Sekundarschulen, die von Unternehmen betrieben werden, hat sich von 2.783 im Jahre 1996 auf 1.594 im Jahre 2000 verringert. Auch die Investitionen in die Berufsbildung sind teilweise drastisch gesunken. Weitere Probleme der beruflichen Bildung sind die ungleiche Entwicklung, d.h. die zu langsame Entwicklung auf dem Lande und in den Westgebieten. Des Weiteren müssen die Ausbildungsgänge und -inhalte stärker der Nachfrage des Marktes angepasst werden, und teilweise sind die Lehrkräfte unzureichend qualifiziert.

Die politische Führung ist entschlossen, diese Probleme anzugehen, indem zum einen die Politik dahingehend wirken soll, dass der Berufsbildung in der Gesellschaft wieder mehr Anerkennung zuteil wird, zum anderen insbesondere Unternehmen und nicht-staatliche Organisationen dazu aufgerufen werden, stärker in den Berufsbildungssektor zu investieren. Erst jüngst hat Zhu Rongji auf einer Sitzung der staatlichen Führungsgruppe für Wissenschaft, Technologie und Bildung, die schwerpunktmäßig das Thema Berufsbildung behandelte, mit Nachdruck die Notwendigkeit hervorgehoben, die Berufsbildung zügig auszubauen, vor allem auf dem Lande und im Westen (XNA, 10.7.02; BBC PF, 9.7.02). Fachleuten zufolge stellt der WTO-Beitritt Chinas für die chinesische Landwirtschaft eine große Herausforderung dar, der in erster Linie durch eine bessere Qualifizierung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte begegnet werden soll. In Fachkreisen wird der Berufsbildung insgesamt in der Periode des 10. Fünfjahrplans (2001-05) eine wichtige Rol-

le zugeschrieben. Man rechnet damit, dass in dieser Planperiode rund 22 Millionen Abschlüsse an Berufsmittelschulen und 8 Millionen Abschlüsse an Berufshochschulen gemacht werden. Überdies fällt Berufsschulen und Fortbildungsorganisationen die Aufgabe zu, pro Jahr 3 Millionen Freigestellte oder Arbeitslose umzuschulen. Besonderes Augenmerk soll auf die ländlichen Gebiete gelegt werden. Dort sollen statt gegenwärtig 2,5 Millionen künftig 3,5 bis 4 Millionen pro Jahr in eine Berufsmittelschule aufgenommen werden. Auch die Weiterbildung und Umschulung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte soll stark ausgebaut werden. Wie Zhu Rongji erklärte, bedeuten billige Arbeitskräfte auf Dauer keinen Wettbewerbsvorteil; vielmehr komme es auf qualifizierte Arbeitskräfte an, um die heimische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. (Vgl. GMRB, 11.7.02; RMRB, 16.7.02) -st-

### 23 Erleichterungen für Schulbesuch von Migrantenkindern

Nachdem im April 2002 vorläufige Bestimmungen über die Schulpflicht von Migrantenkindern erlassen worden waren, haben einige Provinzen Maßnahmen ergriffen, um Kindern von Wanderarbeitern den Schulbesuch zu erleichtern. In China sollen etwa 3 Millionen Migrantenkinder betroffen sein, die ihre Eltern in die Städte begleiten und zumeist große Probleme haben, eine Schule zu besuchen. Für dieses Manko sind zwei Gründe anzuführen: Zum einen haben die meisten Migranten kein ständiges Wohnrecht in der Stadt, und ihre Kinder finden daher normalerweise keine Aufnahme in öffentlichen Schulen. Zum anderen müssen die Eltern, wollen sie ihr Kind auf eine öffentliche Schule schicken, höheres Schulgeld zahlen als die Wohnbevölkerung. In Beijing beispielsweise muss für ein Migrantenkind auf einer öffentlichen Schule pro Schuljahr Schulgeld in Höhe von 500 Yuan gezahlt werden. Hinzu kommen 1000 Yuan für die Wahl der Schule und zwischen 1000 und 30.000 Yuan Sponsorengeld. Diese hohen Gebühren können Wanderarbeiter in den wenigsten Fällen bezahlen. Deshalb gibt es vielerorts spezielle Schulen für Migrantenkinder, die von Migranten betrie-

ben werden. Wer also das hohe Schulgeld für eine öffentliche Schule nicht aufbringen kann, schickt seine Kinder auf eine Migrantenschule oder gar nicht zur Schule. In Beijing stehen 123 Schulen für Migrantenkinder zur Verfügung. An ihnen werden zwischen 20 und 3.000 Schüler unterrichtet, insgesamt 17.000. Das Schulgeld beträgt 300 Yuan. Viele Eltern schicken ihre Kinder auf die Migrantenschulen, auch wenn sie den Besuch einer öffentlichen Schule bezahlen könnten. Der Grund ist, dass Migrantenkinder in regulären Schulen einen schweren Stand haben, weil sie diskriminiert sind, d.h. von Mitschülern und Lehrern ausgelacht und gehänselt werden.

Die Beijinger Regierung hat als Reaktion auf die genannten Bestimmungen beschlossen, ab dem kommenden Schuljahr das Schulgeld für Migrantenkinder in den öffentlichen Schulen zu senken. Auf der Grundschule beträgt es 200 statt 500 Yuan, auf der Sekundarschule 500 statt 1000 Yuan. Auch in anderen Städten wurden Erleichterungen beschlossen. In Shijiazhuang, der Hauptstadt der Provinz Hebei, wurde das Wohnrecht reformiert. Dort brauchen Migranten künftig keine höheren Schulgebühren zu zahlen. Ningbo, Provinz Zhejiang, hat die Zuzugsbeschränkungen vom Lande aufgehoben, so dass Migranten ständiges Wohnrecht erhalten können. Guangdong trifft Vorbereitungen, die Bewohner nach ihrem tatsächlichen Aufenthaltsort zu registrieren und die Unterscheidung zwischen Stadt- und Landbevölkerung ganz aufzuheben. Erst wenn solche Maßnahmen landesweit eingeführt werden, sind Migrantenkinder in Bezug auf formale Schulbildung nicht mehr benachteiligt. (Vgl. XNA, 11.7.02) -st-

### 24 Nationales Programm 2002-2005 für den Aufbau eines Kontingents von Fachleuten

Im Juli 2002 fand unter Leitung des Personalministers Zhang Xuezhong eine nationale Arbeitskonferenz zum Thema Aufbau eines Kontingents qualifizierter Fachleute statt. Auf der Konferenz wurde das im Juni 2002 verabschiedete „Nationale Programm 2002-2005 für den Aufbau eines Kontingents von Fachleuten“ behandelt.

Dieses Programm war vom jeweiligen Hauptbüro des ZK der KPCh und des Staatsrats in Form eines Zirkulars an die Partei- und Regierungsabteilungen aller Verwaltungsebenen ergangen. Ziel des Programms ist es, in den kommenden Jahren ein Kontingent von Akademikern und anderen qualifizierten Fachleuten heranzuziehen, und zwar nicht nur Naturwissenschaftler und Techniker, sondern auch Wissenschaftler anderer Fachrichtungen wie Philosophie und Sozialwissenschaften. In dem Programm geht es um die gezielte Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses durch Post-Doc-Programme, die Verbesserung der wissenschaftlichen Begutachtungs- und Auswahlverfahren ebenso wie um die Ausbildung von Praktikern in Informationstechnologie, Biotechnologie, Umweltschutztechnik, Raumfahrt- und Meerestechnologie, aber auch in Buchführung, Außenhandel, Finanzen, Recht und modernem Management.

Hintergrund der Initiative ist die Erkenntnis, dass China über kein großes Kontingent von Fachleuten verfüge und dass dieses insgesamt schwach und nur unzureichend innovationsfähig sei. Dies wird insbesondere angesichts von Chinas Beitritt zur WTO als ernsthaftes Manko angesehen. In einem Leitartikel der *Volkszeitung* wird darauf hingewiesen, dass sich der technologische Fortschritt mit rasantem Tempo vollziehe und sich damit auch der internationale Wettbewerb verstärke, und dieser sei ein Wettbewerb um die besten Fachleute. Deshalb wolle man die Strategie verfolgen, China durch kompetentes Humankapital stark zu machen (RMRB, 12.6.02).

In dem Zirkular werden alle Partei- und Regierungsstellen aufgerufen, das Programm sorgfältig zu studieren und der Ausbildung und Förderung von Fachleuten höchste Priorität beizumessen. (Vgl. RMRB, 12.6.02; BBC PF, 11.6., 12.6., 9.7.02) -st-

---

## Außenwirtschaft

---

### 25 Hoher Ausfuhranstieg im 1. Halbjahr

Gegen den Trend in der Region verzeichnete die Volksrepublik in den ersten sechs Monaten d.J. ein zweistelliges Exportwachstum. Die Ausfuhren stiegen um 14,2% auf 142,12 Mrd. US\$. Die Importe nahmen um 10,3% zu und erreichten 128,52 Mrd. US\$. Das ergibt einen Handelsüberschuss, der mit 13,6 Mrd. US\$ um zwei Drittel höher lag als im ersten Halbjahr 2001.

Die Regierung hatte befürchtet, dass sich das mit 6,8% eher schwache Exportwachstum des Vorjahres fortsetzen könne. Mit Steuerermäßigungen sollten die Ausfuhren angekurbelt werden, um das offizielle Ziel von 7% Exportwachstum zu erreichen. (ST, 12.7.02)

Li Yushi von der Chinesischen Akademie für Internationalen Handel und Wirtschaftszusammenarbeit erwartet für das Gesamtjahr ein Exportwachstum von nicht unter 8%. Allerdings geht er von einer schnellen Erholung der Konjunktur in den USA und Europa aus. Die zügig gewährten Steuerermäßigungen hätten sich ebenfalls positiv auf die Ausfuhrentwicklung ausgewirkt. Zugenommen habe auch die Bedeutung der Unternehmen mit Auslandskapital, die mit 51,7% erstmals mehr als die Hälfte der Ausfuhrleistung erbringen. Der entscheidende Faktor für die Entwicklung der Exporte bleibe jedoch die Lage der Weltwirtschaft, betonte Li Yushi. (XNA, 18.7., 19.7.02)

HANDELSÜBERSCHUSS VON 14 MRD. US\$ MIT DEN VEREINIGTEN STAATEN

Der Handel zwischen China und den Vereinigten Staaten hat in den ersten fünf Monaten d.J. um 13% zugenommen und führte zu einem Handelsüberschuss von 13,99 Mrd. US\$ zu Gunsten der Volksrepublik. Während die chinesischen Importe mit 10,14 Mrd. US\$ leicht anzogen, lagen die Exporte in die USA um ganze 19% über dem Vorjahreszeitraum und erreichten

24,13 Mrd. US\$. Zweitgrößter Handelspartner war Japan mit 36,85 Mrd. US\$ (siehe Übersicht „Japan hofft auf jährliche Steigerungen der Ausfuhren nach China um 10%“).

Der Handel zwischen der Europäischen Union und China lag mit einem Volumen von 31,74 Mrd. US\$ und einem Plus von 3,7% an dritter Stelle. Importe aus China stiegen um 5,1% auf 17,29 Mrd. US\$. Aus der EU wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von 14,45 Mrd. US\$ nach China exportiert, 2,1% mehr als im Vergleichszeitraum. Für die Union bedeuten diese Zahlen ein Handelsdefizit mit der Volksrepublik von 2,84 Mrd. US\$. (WSJ, 14.7.02) -bö-

### 26 Japan hofft auf jährliche Steigerungen der Ausfuhren nach China um 10%

Nicht nur taiwanesischen Unternehmen ziehen sich aus Südostasien zurück, auch japanische Hersteller verlagern die Produktion zunehmend nach China. Seit dem letzten Jahr haben japanische Unternehmen 22 Fabriken in Südostasien geschlossen oder zurückgebaut. Dies geht aus einer Studie der *Nihon Keizai Shimbun* hervor. Verantwortlich hierfür ist einerseits der immer stärkere Nachteil bei den Produktionskosten im Vergleich zu China. Andererseits wird die Volksrepublik als Absatzmarkt wichtiger, auch für die japanische Zulieferindustrie. (WSJ, 25.7.02)

Ein auf lange Frist starkes Wachstum erwarten einige Beobachter bei den Ausfuhren. Für die nächsten zehn Jahre sagt das Fuji Research Institute voraus, dass die japanischen Exporte nach China jährlich um 10% steigen werden. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres nahmen die Exporte aus Japan nach China im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 12,8% zu und erreichten 26,13 Mrd. US\$. (WSJ, 19.7.02)

ELEKTRONIKHERSTELLER ERWARTEN NACHFRAGESCHUB

Gerade die japanische Elektroindustrie rechnet damit, dass ihre Produkte deutlich stärker nachgefragt werden, wenn die Kaufkraft weiter steigt. Das Unternehmen Sharp erwartet innerhalb der nächsten drei Jahre ei-